

# Bürgerinitiative

für eine

## Gesamtschule Neubrück



Pressemitteilung der Bürgerinitiative für eine Gesamtschule Neubrück

Gesamtschulplätze – die Benachteiligung der rechtsrheinisch lebenden Kinder geht weiter!

Die Bürgerinitiative Gesamtschule Neubrück ist empört über die massive Benachteiligung der Schüler im rechtsrheinischen Köln. Von den durch die Stadt Köln benannten 396 Ablehnungen von Kindern an Gesamtschulen leben 278 Kinder rechtsrheinisch. Dabei wird regelmäßig eine zu niedrige Anzahl an Ablehnungen von Stadt und Politikern kommuniziert, denn es wird durch freie Plätze im Linksrheinischen davon ausgegangen, dass 100 der an ihren Wunschschulen abgelehnten Kindern noch einen Platz auf einer Schule im Linksrheinischen finden.

„Vor mir stehen verzweifelte Eltern, weil ihre Kinder keinen Gesamtschulplatz bekommen“, so Schrage, Vorsitzende des Bürgervereins Köln-Neubrück und eine der Aktiven in der Bürgerinitiative Gesamtschule Neubrück. „Die Kinder wohnen am östlichen Rand des rechtsrheinischen Bezirks Kalk, also z.B. Brück, Neubrück, Merheim, oder Rath-Heumar. Sie haben nicht die gleichen Chancen, einen Platz in ihrer Wunschschulform zu erhalten oder die Möglichkeit, einen wohnortnahen Schulplatz zu erhalten, denn die einzige Schule z.B. im Stadtteil Neubrück ist eine Hauptschule. Da redet die Politik, sie wolle gleiche Bildungschancen für alle Kinder schaffen,“ so Schrage sauer. „So wird keine gerechte Bildungslandschaft geschaffen, wenn im Linksrheinischen Köln fünf neue Schulen eröffnet werden und im Rechtsrheinischen nicht.“

In den Medien wird Herr Dr. Schlieben von der CDU zitiert, dass zwei neuen Gesamtschulen im nächsten Jahr im Rechtsrheinischen an den Start gehen sollen. Wo diese Schulen jedoch entstehen sollen, dazu wird bisher geschwiegen. In der Regel muss europaweit ausgeschrieben werden und es werden Grundstücke oder Investoren gesucht. „Wie realistisch ist das, dass die Schulen im nächsten Jahr an den Start gehen?“, so Schrage.

Mehrere der neuen Schulen gehen im Interim an den Start, d. h. für die Anmietung der Gebäude muss viel Geld in die Hand genommen werden. In Neubrück könnte man ein bereits bestehendes Gebäude einer Hauptschule nutzen und sogar anbauen. Diese Hauptschule hatte im letzten Jahr 22 Anmeldungen und startete auch nach Ablehnungen der Gymnasien und Realschulen mit insgesamt nur 32 Schülern in das Schuljahr 2023. An diesem Ort könnten zeitnah 105 Kinder in Gesamtschulform beschult werden. „Es ist zudem vollkommen unzureichend, dass dem demografischen Wandel mit dem starken Zuwachs an jungen Familien in Neubrück und Merheim keine Rechnung getragen wird. „Neubrück und seine Nachbarorte benötigen eine Veedels-Schule für alle Kinder und alle Bildungsabschlüsse.“, so Ariane Bergmann, Mutter zweier Kinder und aktiv in der Bürgerinitiative.

Die Ablehnungen den umliegenden Gesamtschulen in Höhenhaus (100 Kinder), Holweide (60 Kinder), Höhenberg/ Vingst (45 Kinder) und sind ein klares Zeichen, dass hier mehr Gesamtschulplätze erforderlich sind.

„In der letzten Woche haben wir innerhalb von zwei Stunden 250 Unterschriften in der Fußgängerzone von Neubrück für eine Gesamtschule gesammelt“, so Schrage. „Die Zustimmung der Bevölkerung ist groß.“

Die Gesamtschulinitiative sammelt aktuell auch in einer, über Suchmaschinen auffindbaren, Online-Petition Unterschriften von Fürsprechern einer Gesamtschule Neubrück. Online sowie insbesondere auf Unterschriftenlisten haben bereits mehr als 1500 Bürger für eine Gesamtschule in Neubrück unterzeichnet. Weitere Informationen finden Sie unter [www.openpetition.de/!gesamtschuleNB](http://www.openpetition.de/!gesamtschuleNB) oder [www.bürgerverein-neubrück.de](http://www.bürgerverein-neubrück.de)

Wir würden uns wünschen, dass sich insbesondere CDU und die Grünen endlich Gesprächsbereit zeigen und den Kindern im Kölner Osten zeitnah die gleichen Chancen auf einem guten Bildungsabschluss geben wie Kindern im Linksrheinischen – durch eine Gesamtschule Neubrück!